



Working Paper

**Politikfeldspezifische Positionen der
Landesverbände der deutschen Parteien**

Nicole Michaela Seher
Franz Urban Pappi

Nicole Michaela Seher

Franz Urban Pappi

**Politikfeldspezifische Positionen der Landesverbände der
deutschen Parteien**

Arbeitspapiere – Working Papers

Nr. 139, 2011

Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung

Seher, Nicole Michaela:

Politikfeldspezifische Positionen der Landesverbände der deutschen Parteien /

Nicole Michaela Seher; Franz Urban Pappi. – Mannheim : 2011

(Arbeitspapiere - Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung ; 139)

ISSN 1437-8574

Nicht im Buchhandel erhältlich

Schutzgebühr: € 3,00

Bezug: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES), Postfach, 68131 Mannheim

WWW: <http://www.mzes.uni-mannheim.de>

Redaktionelle Notiz:

Nicole Michaela Seher ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am MZES und arbeitet im Projekt „Regierungsbildung als optimale Kombination von Ämter- und Policy-Motivation der Parteien. Ihre Forschungsinteressen sind Parteien und Koalitionstheorien.

Prof. Dr. Dr.h.c. Franz Urban Pappi arbeitet als Emeritus im Arbeitsbereich B des MZES. Er ist Leiter des DFG-geförderten Projekts „Regierungsbildung als optimale Kombination von Ämter- und Policy-Motivation der Parteien“ und bearbeitet außerdem das Thema „Stimmenwettbewerb in den Politikräumen des deutschen Parteiensystems“ seit 1980.

Zusammenfassung

Politik in den deutschen Bundesländern ist erst in letzter Zeit verstärkt in den Fokus politikwissenschaftlicher Arbeiten gerückt. Für eine Vielzahl politikwissenschaftlicher Analysen auf Landesebene werden allerdings die Politikpositionen der Landesverbände der Parteien benötigt. Mit Hilfe von manueller Einteilung der Wahlprogrammtexte der Landesverbände in verschiedene Themenbereiche (Schmitt 2008) und einer automatisierten Analyse dieser Textcorpora mittels Wordfish (Slapin/Proksch 2008) ist es uns gelungen, die Politikpositionen der in die jeweiligen Landtage eingezogenen Landesverbände auf vier verschiedenen Politikdimensionen zu bestimmen.

Diese Politikpositionen werden in der vorliegenden Arbeit dahingehend analysiert, ob sich die innerparteiliche Homo- bzw. Heterogenität der Parteien zwischen den Politikfeldern Arbeit/Soziales und Kultus unterscheidet und inwieweit sich die Koalitionssituation auf Bundes- und Landesebene auf die Politikdistanzen zwischen den Landesverbänden auswirkt. Im Politikfeld Kultus, das die Kernkompetenz der Länder im deutschen Bundesstaat darstellt, unterscheiden sich die Politikpositionen der Landesverbände wie erwartet stärker voneinander als im eher durch den Bund geprägten Politikfeld Arbeit/Soziales. Auch bestätigt sich unsere Erwartung, dass die Politikdistanzen zwischen zwei Parteien geringer ausfallen, wenn diese Parteien im Bund oder im Land gemeinsam die Regierung stellen.

Inhalt

1	Einleitung	1
2	Wie wirkt sich der unitarische Bundesstaat auf die Parteien aus?.....	2
3	Die Messung der Politikpositionen der Landesverbände nach Politikfeldern.....	6
4	Gibt es Unterschiede der innerparteilichen Homo- bzw. Heterogenität nach Politikfeldern?	8
5	Die Politikdistanzen der Parteien in Koalitionsbildungssituationen	15
6	Schluss	18
7	Literaturverzeichnis.....	20
8	Anhang.....	23

1 Einleitung

In der klassischen deutschen Politikwissenschaft wurde der Organisations- und Politikwirklichkeit der Parteien auf Ebene der Bundesländer nur wenig Beachtung geschenkt. Bereits im Jahr 1911 vertrat Michels, wie später auch andere Autoren, ein zentralstaatliches Organisations- und Politikverständnis (vgl. Niedermayer/Stöss 1993). Betrachtet man die Entstehung der deutschen Parteienlandschaft nach dem Zweiten Weltkrieg, verwundert die jahrzehntelange Konzentration der Politikwissenschaft auf die Bundesebene. Die Parteien wurden nach 1945 aus den Ländern heraus gegründet. Auch das bundesdeutsche Parteiensystem entstand durch die Lizenzierungspolitik in den Besatzungszonen über die einzelnen regionalen Parteiensysteme (Haas/Jun/Niedermayer 2008). Zudem verfügten die Länder in den 50er Jahren noch über einen großen Teil der Zuständigkeiten im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung. Allerdings wurde schon damals die Existenz einer eigenständigen Landespolitik in Zweifel gezogen (Schneider 1997; Hennis 1956).

Andere Autoren gehen zwar von einer eigenständigen Landespolitik aus, sehen sie aber eher geprägt von einem gouvernementalen Charakter, der im Laufe der Zeit durch den Ausbau des Verbundsystems und dem damit verbundenen Bedeutungszuwachs des Bundes und der Zusammenarbeit zwischen den Ländern immer ausgeprägter wurde (Schneider 1997; Schwarz 1981). Zwischen den Parteiensystemen in den Ländern und im Bund gibt es daher kaum Unterschiede. Regionalparteien traten, mit Ausnahme des SSW in Schleswig-Holstein, nur in den Anfangsjahren der Bundesrepublik in Erscheinung. Insgesamt werden Konflikte in den Ländern häufig von der Bundespolitik überlagert. Erst seit der Wiedervereinigung scheint es zu einer zunehmenden Regionalisierung der Landesparteiensysteme in Deutschland zu kommen, was insbesondere durch die unterschiedlichen Wahlergebnisse in den alten und neuen Bundesländern sowie das Hinzukommen der PDS als in erster Linie ostdeutscher Regionalpartei (Sturm 1999) zum Ausdruck kommt. In den letzten Jahren wurde den Parteien auf der subnationalen Ebene wie auch der Landespolitik in der Literatur zunehmend Beachtung geschenkt (Freitag/Vatter 2010; Hildebrandt/Wolf 2008; Schneider/Wehling 2006; Wolf 2006). Denn trotz der Zunahme des Einflusses der Bundespolitik durch das Ziel der Herstellung einheitlicher Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet, die gestiegene Nutzung der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz durch den Bund und die verschiedenen Koordinierungsmechanismen wie beispielweise die Kultusministerkonferenz, verbleiben den Ländern Politikbereiche, in denen sie über maßgebliche Handlungsmöglichkeiten verfügen. Außerdem hat die Föderalismusreform I die Stellung der Länder wieder etwas gestärkt. Durch die Föderalismusreform haben die Länder die Möglichkeit in bestimmten Bereichen von Bundesgesetzen ganz oder teilweise abzuweichen. Darüber hinaus wurden die Gesetzgebungszuständigkeiten der Länder durch den Wegfall bisheriger Bundeszuständigkeiten in Art. 74 I und Art. 75 I GG sowie den Wegfall von Art 74 a GG ausgeweitet.

Für die Gestaltung der Politik in den Bundesländern kommt den Parteien als Hauptakteuren im politischen System eine herausragende Rolle zu. In akteurzentrierten Ansätzen werden zwingend Daten über die politische Ziele und die programmatische Ausrichtung der einzelnen Landesverbände der

Parteien benötigt, da nicht davon ausgegangen werden kann, dass diese mit den Parteien auf Bundesebene identisch sind (Debus 2007). Zur Durchführung von Analysen auf der Ebene der Bundesländer, ist daher eine genaue Analyse der programmatischen Ausrichtung der Landesverbände notwendig. Um Informationen über die politische Ausrichtung der einzelnen Landesverbände zu erhalten bieten sich in erster Linie die Wahlprogramme an, die zu jeder Landtagswahl von den Landesverbänden der Parteien veröffentlicht werden. Erste Analysen von Bräuninger/Debus (o. J.) und Debus (2008) zeigen, dass sich die Landesverbände einer Partei in ihren Positionen durchaus von der entsprechenden Mutterpartei im Bund unterscheiden, dass es aber auch Unterschiede zwischen den Landesverbänden einer Partei gibt. Diese Unterschiede werden durchaus auch in der Öffentlichkeit und den Medien wahrgenommen, wenn beispielsweise von den pragmatischen Grünen in Baden-Württemberg oder der links ausgerichteten SPD in Bayern gesprochen wird. Allerdings zeigen diese Analysen auch, dass sich an der grundsätzlichen ideologischen Anordnung der deutschen Parteien auch bei Betrachtung der Landesverbände nichts verändert (Bräuninger/Debus o. J.: 25).

Zur Ermittlung der Politikpositionen der Landesverbände greifen wir auf die Landtagswahlprogramme der Parteien zurück, die in den jeweiligen Landtag eingezogen sind. In Landtagswahlprogrammen werden viele verschiedene Themen angesprochen. Unser Ziel ist es daraus Positionen für verschiedene Politikfelder zu ermitteln. Daher werden die Wahlprogrammtexte von uns anhand der Überschriften im Wahlprogramm verschiedenen Politikfeldern zugewiesen und die so gewonnenen politikfeldspezifischen Texte mit Hilfe des Wordfish-Algorithmus (Slapin/Proksch 2008) analysiert. Zunächst möchten wir aber unsere Überlegungen und Hypothesen zum Einfluss des unitarischen Bundesstaates auf innerparteiliche Homo- bzw. Heterogenität der Landesverbände sowie der Politikdistanzen zwischen den Parteien in den einzelnen Bundesländern darstellen. In einem zweiten Schritt folgt die Darstellung der bereits angesprochenen Methode zur Bestimmung politikfeldspezifischer Positionen der Landesverbände. In den darauf folgenden Abschnitten werden die Hypothesen der innerparteilichen Homo- bzw. Heterogenität der Landesverbände und die Distanzen der Parteien in den 80 verschiedenen Koalitionsbildungssituationen¹ nach Landtagswahlen von 1990 bis 2010 anhand der von uns ermittelten Politikpositionen überprüft. Abschließend soll ein kurzer Ergebnisüberblick sowie ein Ausblick auf weitere Forschungsperspektiven gegeben werden.

2 Wie wirkt sich der unitarische Bundesstaat auf die Parteien aus?

Die BRD wie auch das deutsche Parteiensystem hat sich nach Ende des Zweiten Weltkriegs aus den Bundesländern heraus entwickelt (Jun/Haas/Niedermayer 2008). Bereits 1962 führte Hesse jedoch aus, dass sich die Bundesrepublik immer weiter in Richtung eines unitarischen Bundesstaates entwickelt:

¹ Als Koalitionsbildungssituation bezeichnen wir die Verhandlungssituation im Landtag nach einer Wahl.

„... Schwergewicht staatlicher Aufgaben zunehmend beim Bunde konzentriert hat, daß sich im Aufgabenbereich der Länder eine ständig fortschreitende Selbstkoordinierung vollzieht und daß sich die spezifisch politische Wirksamkeit der Länder zunehmend auf ihre Beteiligung an den Angelegenheiten des Bundes in einem Bundesorgan verlagert hat.“ (Hesse 1962: 14)

Grundsätzlich ist die Gesetzgebung in Deutschland Zuständigkeit der Länder (Art. 70 GG). Allerdings wird diese grundsätzliche Zuständigkeit durch die folgenden Bestimmungen im Grundgesetz stark eingeschränkt. Der Bund ist in einem Großteil der Bereiche innerhalb der konkurrierenden Gesetzgebung bereits tätig geworden und schließt somit die Bundesländer aus diesen Gesetzgebungsbereichen aus. Art. 72 II GG enthält zwar eine Einschränkung der Bundeszuständigkeit in manchen Bereichen der konkurrierenden Gesetzgebung, der Bund darf in diesen Bereichen nur tätig werden, wenn dies zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse erforderlich ist, jedoch hat das Bundesverfassungsgericht die Beurteilung der Erforderlichkeit dem Bundesgesetzgeber zugewiesen (BVerfGE 2,213 (224)). Somit bleibt den Ländern nur in ganz bestimmten Politikfeldern ein nennenswerter gesetzgeberischer Handlungsspielraum. Nicht nur die Ausweitung der Gesetzgebungszuständigkeiten des Bundes hat zu einer Unitarisierung geführt. Zur Erreichung des Ziels der gleichwertigen Lebensverhältnisse wurden zudem verschiedene Instrumente der Selbstkoordination zwischen Bund und Ländern, vor allem aber auch zwischen den Ländern eingeführt. Hierzu zählen beispielsweise Konferenzen der Landesfachminister wie die Kultusministerkonferenz oder Staatsverträge zwischen den Ländern. Diese Selbstkoordination findet sich in beinahe allen Bereichen der Landeszuständigkeit (Hesse 1962). Ein weiteres Argument für eine zunehmende Unitarisierung sieht Hesse in der Zunahme der Bedeutung des Bundesrates. Diese sieht er begründet in einer immer weiter ausgelegten Interpretation der Zustimmungsbefähigung von Gesetzen.

Trotz dieser unitarisierenden Tendenzen im deutschen Bundesstaat wird insbesondere seit der Wiedervereinigung eine Regionalisierung des Parteiensystems festgestellt. Auch konnten einzelne Studien zeigen, dass es durchaus Unterschiede in der Landespolitik wie auch in der Implementation der Bundesgesetze zwischen den Bundesländern gibt (Hildebrandt/Wolf 2008; Schneider/Wehling 2006; Wolf 2006) sowie auch eine Zunahme der Autonomie der Landesverbände einer Partei (Bräuninger/Debus o. J.; Debus 2008; Detterbeck/Renzsch 2008). Schmid (1990) stellt in seiner Untersuchung der CDU neben einer Zunahme der Autonomie der Landesverbände auch einen wachsenden Einfluss der Landesverbände auf die jeweilige Bundespartei fest. Dafür spricht auch, dass die Bundespartei nicht oder nur kaum über Möglichkeiten verfügt, ihre Landesverbände auf eine gemeinsame politische Linie zu verpflichten (Poguntke 2001). Debus hingegen geht insbesondere beim Wahlverhalten und bei der Programmformulierung von Top-Down-Einflüssen aus (Debus 2008). Festzuhalten ist also, dass die Länder trotz der oben beschriebenen Entwicklungen zumindest in bestimmten Politikbereichen durchaus über Gestaltungsspielräume verfügen, die von den Landesverbänden auch ausgefüllt werden (Schmid 1989). Politikfelder, in denen die Länder ausgeprägte Handlungsspielräume besitzen sind: Innere Sicherheit, Schule, Hochschule, Medien, Kommunen und Staatsbeschäftigung (Schneider 1997).

Ziel unserer Analyse ist zu untersuchen, inwieweit die Landesverbände von den bestehenden Handlungsspielräumen bei der Festlegung ihrer Politikposition Gebrauch machen. Es soll zunächst untersucht werden, wie homo- bzw. heterogen die Politikpositionen der Landesverbände der einzelnen Bundesparteien sind. In der Literatur gibt es sowohl Autoren, die von einer Beeinflussung der Bundesparteien durch die Landesverbände, also einer Bottom-Up-Beeinflussung ausgehen, als auch Autoren, die eine Beeinflussung der Landesverbände durch die zugehörige Bundespartei erwarten (Top-Down-Beeinflussung) (Debus 2008; Poguntke 2001).

Da es zwischen den Politikfeldern große Unterschiede in der Gesetzgebungszuständigkeit gibt, vermuten wir, dass die Richtung der Einflussnahme zwischen den Politikfeldern variiert. Fällt ein Politikfeld in den Kernbereich der Länderkompetenz, können die Landesverbände ihre Position weitgehend autonom von der Bundespartei festlegen. Sie berücksichtigen dabei insbesondere regionale Gegebenheiten wie aktuelle Problemlagen im Land, die politische Kultur, die Mitgliederstruktur des Landesverbands oder mögliche Koalitionsoptionen nach der Wahl (Schneider 1997). Dennoch wird erwartet, dass sich Partei-Cluster bilden, das heißt, dass die Landesverbände einer Partei sich nicht an entgegengesetzten Enden einer Politikdimension positionieren, sondern innerhalb eines gewissen Bereichs, da sie durch eine zugrundeliegende gemeinsame Ideologie miteinander verbunden sind (Schneider 1997; Poguntke 2001). Politikbereiche, in denen die Gesetzgebungskompetenz in erster Linie auf Landesebene liegt, eignen sich für Landesverbände in besonderer Weise um sich zu profilieren, wohingegen diese Bereiche für den Bund von geringerer Bedeutung sind und die Bundesparteien den Landesverbänden daher einen größeren Spielraum einräumen können. Wir gehen in Politikfeldern mit hoher Länderkompetenz somit von einer weitgehend autonomen Positionsbestimmung durch die Landesverbände aus.

In Politikbereichen, in denen die Zuständigkeit für die Gesetzgebung beim Bund liegt, versuchen die Bundesparteien hingegen einen homogenisierenden Einfluss auf ihre Landesverbände auszuüben. Die Bundespartei hat ein Interesse daran, in diesen Politikbereichen eine einheitliche Position zwischen den Landesverbänden und ihrer eigenen Position zu erreichen, da es in diesen Politikbereichen für die Bundespartei von besonderer Bedeutung ist gegenüber den Wählern geschlossen aufzutreten, ohne dass einzelne Landesverbände durch andere Aussagen für Irritationen sorgen. Andererseits haben die Landesverbände in diesen Politikbereichen kein ausgeprägtes Bedürfnis von der Position der Bundespartei abzuweichen, da ein Politikfeld, für das die Gesetzgebungskompetenz auf Bundesebene liegt, für die Landesverbände zur Profilierung ohnehin nur bedingt geeignet ist, da Wahlversprechen auf diesen Politikfeldern auch nach einem Wahlsieg von den Landesregierungen nicht umgesetzt werden können.

Bezüglich der zu untersuchenden Homo- bzw. Heterogenität der Politikpositionen der Landesverbände einer Partei gehen wir folglich davon aus, dass je nach Politikfeld verschiedene Einflussmechanismen zwischen den Landesverbänden und der jeweiligen Bundespartei zugrunde liegen. Die Politikfelder werden dabei danach unterschieden, auf welcher Ebene der Schwerpunkt der Gesetzgebungskompetenz liegt. Liegt die Gesetzgebungskompetenz hauptsächlich auf Bundesebene, erwarten wir eine Einflussnahme der Bundespartei auf die zugehörigen Landesverbände. Wie erfolgreich die

Einflussnahme der Bundespartei ist, hängt dabei von verschiedenen Faktoren wie der Stärke der Landesverbände bzw. der Bundespartei oder dem zeitlichen Abstand zur nächsten Bundestagswahl ab (Debus 2008). Insgesamt erwarten wir für diese Politikfelder allerdings eine eher geringe Varianz der Positionen der Landesverbände einer Partei. Verfügt hingegen die Landesebene über den Großteil der Gesetzgebungskompetenz in einem Politikfeld, gehen wir davon aus, dass die Landesverbände in der Wahl ihrer Position unabhängiger von der Bundespartei sind und somit stärker auf regionale Besonderheiten eingehen können. In diesen Fällen erwarten wir folglich eine deutlich größere Varianz in den Politikpositionen der Landesverbände.

Neben der Frage der Homogenität und Heterogenität der Politikpositionen der Landesverbände einer Partei in verschiedenen Politikfeldern sollen auch die Positionsdistanzen zwischen den Landesverbänden in einzelnen Koalitionsbildungssituationen betrachtet werden, das heißt in den nach einer Landtagswahl durch das Wahlergebnis und die Wahlprogramme fixierten Kontexten. Unser Ziel ist Erklärungsfaktoren für die Distanz zwischen den Politikpositionen von Landtagsparteien zu finden. Im Zusammenhang mit der Diskussion einer Unitarisierung des deutschen Bundesstaates ist für uns hierbei von besonderem Interesse, inwieweit diese Politikdistanzen durch landes- bzw. bundesspezifischen Faktoren erklärt werden können. Dabei erfassen wir die Politikdistanzen paarweise und versuchen sie mit der Situation im Bund, mit Eigenschaften des Bundeslandes und des gerade betrachteten Paares selbst zu erklären. Wir erwarten, dass Parteien, die in der vorangegangenen Legislaturperiode gemeinsam in der Landesregierung waren, ihre Politikpositionen aufgrund der jahrelangen Zusammenarbeit angenähert haben und im Allgemeinen auch an einer Fortsetzung der Koalition interessiert sind und dies auch durch die Positionierung zum Ausdruck bringen.

Außer den erwähnten landesspezifischen Faktoren kann jedoch auch ein Einfluss des Bundes, wie er beispielsweise bei Wahlentscheidungen schon mehrfach nachgewiesen wurde, vermutet werden (Dinkel 1977; Jeffery/Hough 2001; Decker/von Blumenthal 2002). In Betracht kommt hier insbesondere die Zusammensetzung der Bundesregierung. So scheint es durchaus plausibel, dass Bundesparteien, die sich im Bund in einer Koalition befinden, versuchen ihre Landesverbände dahingehend zu beeinflussen, in den Ländern ebenfalls eine Koalitionsregierung gleichen Musters anzustreben, um somit im Bundesrat entsprechende Mehrheitsverhältnisse zu erreichen oder zu behalten. So konnte in einer Untersuchung zur Koalitionsbildung auf Landesebene gezeigt werden, dass die Parteizusammensetzung der Bundesregierung einen entscheidenden Einfluss auf die Bildung einer Landesregierung ausübt (Pappi/Becker/Herzog 2005). Geht man von einer zunehmenden Unitarisierung des deutschen Bundesstaates aus, sollte man die oben angesprochenen landesspezifischen Unterschiede in den Politikdistanzen entweder gar nicht finden oder sie sollten über die Zeit, im Zuge einer zunehmenden Unitarisierung, abnehmen.

3 Die Messung der Politikpositionen der Landesverbände nach Politikfeldern

Zur Ermittlung von Politikpositionen und Salienzen der Landesverbände werden die Landtagswahlprogramme entsprechend der Überschriften in einzelne Textpassagen unterteilt, die dann bestimmten Politikfeldern zugeordnet werden (Schmitt 2008, vgl. Anhang 1). Die computergestützte Wordfish-Analyse zur Ermittlung von Politikpositionen wird dann nach Politikfeldern getrennt durchgeführt, da Wordfish Positionen nur auf einer Dimension schätzen kann. Um die Politikposition auf einem Politikfeld zu ermitteln werden also nur die Textteile eines Wahlprogramms berücksichtigt, die sich mit dem entsprechenden Politikfeld beschäftigen.

Zunächst wurden die Wahlprogramme zu den Landtags- und Bundestagswahlen im Zeitraum von 1990-2010 verschlüsselt und analysiert. Dabei wurden allerdings nur Wahlprogramme von Parteien berücksichtigt, die bei der entsprechenden Wahl in das jeweilige Parlament eingezogen sind. Insgesamt wurden so 349 Wahlprogramme von 14 Parteien zu 86 verschiedenen Wahlen in 16 Bundesländern und auf Bundesebene verschlüsselt.

Die Politikfelder, denen die Textpassagen der Wahlprogramme zugewiesen werden, wurden durch eine Untersuchung der Geschäftsbereiche, die in den Titeln der Landesministerien von 1949 bis 2008 aufgetreten sind, ermittelt. Dabei wurden alle Geschäftsbereiche, die mindestens einmal im Titel eines Ministeriums vorkamen, erfasst und auf Basis ihrer schwerpunktmäßigen Verknüpfungen untereinander zu Politikfeldern zusammengefasst. Ziel dabei war möglichst zeitinvariante Politikfelder zu generieren. Daraus haben sich 14 Politikfelder ergeben, die für unsere Analyse um das Politikfeld Außen- und Sicherheitspolitik, das durchaus auch in Landtagswahlprogrammen Beachtung findet, sowie eine Zusatzkategorie für Einleitung, Präambel, Wahlaufrufe und ähnliches erweitert wurden. Diese zusätzlichen Politikfelder wurden eingeführt, damit in den Wahlprogrammen vorhandene Informationen durch die Kodierung nicht verloren gehen.

Nach der Verschlüsselung der Wahlprogramme steht eine Access-Datenbank zur Verfügung aus der für jede Wahl die Aussagen der einzelnen Parteien zu den verschlüsselten Politikfeldern als Textdokumente erstellt werden können. Für die Auswertung der Landtagswahlprogramme wurden die einzelnen Politikfelder zu breiteren Themenkomplexen zusammengefasst, sodass letztlich fünf verschiedene Politikbereiche analysiert werden konnten. Diese fünf Politikbereiche setzen sich wie folgt zusammen:

1. Kultus
2. Arbeit, Soziales und Bau (ASB)
3. Wirtschaft, Verkehr, Umwelt, Landesplanung, Landwirtschaft und Finanzen (WULF)
4. Inneres und Justiz (Recht)
5. Außen- und Sicherheitspolitik, Europa (ASE)²

² ASE wird für die Bundesländer aufgrund der geringen Bedeutung in den Wahlprogrammen (vgl. Tabelle 1) nicht weiterverfolgt.

Da Wordfish nur eine eindimensionale Positionsbestimmung erlaubt, werden die einzelnen Politikfelder getrennt analysiert. Um die Vergleichbarkeit der ermittelten Politikpositionen über die Bundesländer, die Parteien und über die Zeit hinweg zu gewährleisten, wird die Analyse für alle Wahlprogramme aus der Periode von 1990 bis 2010 gemeinsam durchgeführt. In die Wordfish-Analyse gehen folglich die Texte aller Parteien aus allen Bundesländern und dem Bund über den gesamten Untersuchungszeitraum ein. Gemeinsame Analysen von Texten aus zwei Bundesländern haben gezeigt, dass sich der Wortschatz der Parteien zwischen den Bundesländern teilweise stark unterscheidet und die Ergebnisse der Positionsbestimmung in der Art und Weise verzerren kann, dass alle Parteien des einen Bundeslandes auf der linken Hälfte der Politikdimension und die des anderen Bundeslandes auf der rechten Hälfte verortet werden (Schmitt 2008). Werden zum Beispiel die Parteien aus Hessen und Hamburg gemeinsam analysiert, sollen die Positionen der hessischen Parteien sich nicht nur deshalb von den Positionen der Parteien aus Hamburg unterscheiden, weil die hessischen Parteien über hessenspezifische Themen wie den Ausbau des Frankfurter Flughafens und die Parteien aus Hamburg über den Hamburger Hafen schreiben (Schmitt 2008). Des Weiteren besteht auch die Möglichkeit, dass sich der Wortschatz über die Zeit stark verändert, sodass eine Diskriminierung zwischen älteren und neueren Wahlprogrammen entsteht, die inhaltlich nicht begründet ist. Außerdem kann es durch die Betonung aktueller Themen in den Wahlprogrammen einzelner Jahre zu Verzerrungen der Positionsschätzung kommen. Da es uns in erster Linie darum geht vergleichbare Positionen zwischen den Bundesländern und über die Zeit sowie Positionen, die unabhängig von kurzfristig aktuellen Themen sind, zu bestimmen, wird für die Aufnahme von Wörtern in die Wordfish-Analyse die folgende Bedingung aufgestellt: Ein Wort muss in zwei aufeinanderfolgenden Bundestagslegislaturperioden in jeweils mindestens vier Landtagswahlprogrammen aus vier verschiedenen Bundesländern vorkommen. Durch diese Bedingung soll gewährleistet werden, dass der Wortschatz sowohl über Zeit als auch über die Bundesländer hinweg vereinheitlicht wird. Das Vorkommen eines Wortes in einem Bundestagswahlprogramm zählt hier nicht, da der Fokus unserer Analyse auf den Landtagswahlprogrammen liegt. Eine Bundestagslegislaturperiode wird dafür wie folgt definiert: Die Bundestagslegislaturperiode beginnt am 1. Januar des Jahres der Bundestagswahl und endet am 31.12. des Jahres vor der nächsten Bundestagswahl. Die erste betrachtete Bundestagslegislaturperiode schließt folglich alle Wahlprogramme ein, die sich auf Wahlen zwischen dem 1.1.1990 und dem 31.12.1993 beziehen. Dieser Einteilung liegt die Überlegung zu Grunde, dass sich die Landesverbände der Parteien bei der Erstellung ihres Wahlprogramms am Wahlprogramm der jeweiligen Bundespartei orientieren. Im Jahr der Bundestagswahl werden sie als Orientierung allerdings eher die aktuelle Programmdebatte bzw. das Wahlprogramm der nächsten Wahl heranziehen, als das Wahlprogramm zur vorherigen Bundestagswahl. Daher beginnt eine Legislaturperiode des Bundes in unserer Einteilung bereits im Januar des Wahljahres und endet dementsprechend im Dezember des Jahres vor der nächsten Bundestagswahl. In unserem Untersuchungszeitraum von 1990-2010 finden sich folglich 6 Bundeslegislaturperioden. Diese sind: 1990-1993, 1994-1997, 1998-2001, 2002-2004, 2005-2008 und 2009-2010. Die Anzahl der Wahlen, die innerhalb einer Bundeslegislaturperiode stattgefunden haben, variiert zwischen 12 und 18, lediglich die letzte Periode beinhaltet nur 8 Wahlen, da sie aufgrund der Verfügbarkeit der Wahlprogramme bereits im Jahr 2010 endet.

Zusätzlich zum oben beschriebenen Vorgehen zur Vereinheitlichung des Wortschatzes zwischen den Ländern und über die Zeit werden noch einige in der computergestützten Inhaltsanalyse weit verbreitete Bereinigungen der Texte durchgeführt. So werden Worte mit weniger als drei Buchstaben sowie Ziffern, Aufzählungs- und Satzzeichen entfernt. Zudem werden sogenannte Stopwords (Worte ohne inhaltlich relevante Bedeutung), Parteinamen und die Namen der Bundesländer aus den Texten entfernt. Außerdem werden Unterschiede zwischen alter und neuer Rechtschreibung behoben, der gesamte Text wird klein geschrieben und die Worte werden mittels einer in R integrierten Prozedur in ihre Wortstämme verwandelt.

Nachdem die beschriebenen Bereinigungsverfahren durchgeführt wurden, wird eine Worthäufigkeitsmatrix erstellt, die für jedes Wort j angibt, wie häufig es von einer Partei i zu einer Landtagswahl t in einem Bundesland k in den Wahlprogrammaussagen zu einem bestimmten Politikfeld l erwähnt wird. Auf Basis dieser Worthäufigkeitsmatrix, die nur Worte enthält, die nicht durch die vorangegangenen Verfahren ausgeschlossen wurden, werden mit Hilfe des R-Algorithmus Wordfish die politikfeldspezifischen Politikpositionen der Parteien geschätzt (vgl. http://www.mzes.uni-mannheim.de/publications/misc/wp_seher/Politikpositionen.xls).

Der Wordfish-Algorithmus basiert auf der Annahme, dass die Worthäufigkeit y_{ijtk} einem Poisson-Prozess unterliegt. In der zugehörigen Dichtefunktion gibt es nur einen unbekannt Parameter, dies ist λ . λ lässt sich darstellen durch:

$$\lambda_{ijtk} = \exp(\alpha_{itk} + \psi_j + \beta_j \cdot \omega_{itk}).$$

α bezeichnet einen fixen Partei-Wahljahr-Land-Effekt und trägt der Tatsache Rechnung, dass sich die Länge der Wahlprogramme wahl-, partei- und landspezifisch unterscheiden kann. Der fixe Worteffekt ψ berücksichtigt, dass einzelne Worte generell sehr viel häufiger vorkommen als andere. β gibt das Gewicht der einzelnen Worte an und ist unabhängig von Partei und Wahljahr. ω gibt die zu schätzende Politikposition einer Partei in einem Wahljahr und einem bestimmten Land an. Die Schätzung erfolgt über ein iteratives Verfahren (Expectation Maximization; vgl. Slapin/Proksch 2008).

Durch die gemeinsame Schätzung der Positionen in einem Politikfeld über Parteien, Zeit und Bundesländer hinweg ist der Wortschatz in der Regel genügend umfangreich, sodass robuste Ergebnisse erwartet werden können.

4 Gibt es Unterschiede der innerparteilichen Homo- bzw. Heterogenität nach Politikfeldern?

Zur Überprüfung der Annahmen über die Homo- und Heterogenität der Politikpositionen der Landesverbände einer Partei sollen zwei Politikfelder ausgewählt werden, die den Idealtypen der reinen Bundes- bzw. der reinen Landeszuständigkeit möglichst nahe kommen. Zur Auswahl stehen die vier Poli-

tikfelder, für die wir mit der oben beschriebenen Methode Politikpositionen für die in den Landtagen vertretenen Landesverbände bestimmt haben. Diese Politikfelder sind: 1.) Arbeit, Soziales und Bau (ASB), 2.) Kultus, 3.) Inneres und Justiz (Recht) und 4.) Wirtschaft, Verkehr, Umwelt, Landesplanung, Landwirtschaft und Finanzen (WULF).

Bei der Betrachtung der tatsächlichen Zuständigkeiten der Bundesländer fällt auf, dass den Bundesländern vor allem der Bereich, der traditionell in einem Kultusministerium zusammengefasst ist, als eigene Kompetenz bleibt. Die Kulturhoheit gilt daher als Kernkompetenz der Bundesländer, sie umfasst insbesondere Gesetzgebung, Verwaltung und Finanzierung in den Politikbereichen Bildung, Wissenschaft, Kunst und Kultur (Hepp 2006). Die Kulturhoheit der Länder wurde vom Bundesverfassungsgericht bereits 1957 bestätigt, als es in einem Urteil feststellte, dass „die Kulturhoheit, besonders aber die Hoheit auf dem Gebiet des Schulwesens, das Kernstück der Eigenständigkeit der Länder ist“ (BVerfGE 6, 309, 346f.). Daran hat sich auch nach der Föderalismusreform, die durch Änderungen von Art. 74 Abs. 1 und Wegfall von Art. 74a und 75 GG sowie durch einige neu eingeführte Änderungskompetenzen der Bundesländer zu einer Ausweitung der Länderzuständigkeiten geführt hat, nichts geändert.

Inneres und Justiz, insbesondere die Entscheidungen im Bereich der Kommunen, der Staatsbeschäftigung und des Polizeirechts, fällt zwar auch teilweise unter die Zuständigkeit der Länder, ist jedoch beispielsweise aufgrund des Strafrechts und der Polizeien des Bundes (BKA, Bundespolizei und Polizei des Bundestages) nicht so eindeutig einer Ebene zuzuordnen wie dies im Fall der Kultuspolitik möglich ist (vgl. Prätorius 2006; Münch 2008).

Als Politikfeld mit hauptsächlicher Bundeszuständigkeit stehen folglich noch ASB und WULF zur Verfügung. WULF setzt sich aus vielen verschiedenen Teilbereichen zusammen, die zwar teilweise in den Zuständigkeitsbereich des Bundes fallen, wie beispielsweise ein Großteil der Verkehrsplanung, aber auch Bereiche enthalten, die für die Bundesländern von herausragender Bedeutung sind, wie zum Beispiel die Vergabe von Subventionen im Rahmen der Standortpolitik. WULF scheint demzufolge als Politikfeld mit Mischkompetenz für unsere Analyse nicht geeignet zu sein.

Hingegen scheint sich das Politikfeld ASB hier durchaus anzubieten, insbesondere da der Bereich Bau, der sich in erster Linie auf den sozialen Wohnungsbau bezieht, kein wesentlicher Bestandteil dieses Politikfelds ist und seine Bedeutung zudem im Laufe der Zeit immer weiter abgenommen hat. In den Bundestagswahlprogrammen zu den letzten beiden Bundestagswahlen finden sich in unseren Kodierungen keine Aussagen zum Thema Bau mehr und auch in den Landtagswahlprogrammen ist in den meisten Bundesländern ein deutlicher Rückgang feststellbar. Außer dem Bereich Bau besteht das Politikfeld ASB schwerpunktmäßig aus den Bereichen Sozialpolitik und Arbeitspolitik. Die Kompetenzverteilung in diesen Bereichen wird im Folgenden näher betrachtet.

Der Bereich des Sozialrechts ist im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung (Art. 72 und 74 I Nr. 12 GG) geregelt. Da der Bund ausgiebig von seinem Vorrangsrecht im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung Gebrauch gemacht hat, ist Sozialrecht in Deutschland heute im Wesentlichen Bundes-

recht (Gerlinger 2008; Rothgang/Wessel 2008; Schieren 2008). In der Föderalismusforschung wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass Sozialpolitik die Unitarisierung politischer Systeme begünstigt, da ein sozialer Ausgleich auch zur Verringerung regionaler Unterschiede führt (Gerlinger 2008). Den Ländern bleiben hier lediglich kleine Nischen, die vom Bund nicht abgedeckt wurden, und die Möglichkeit im Rahmen der Leistungsverwaltung tätig zu werden, indem Leistungen additiv zu den Leistungen des Bundes gewährt werden. Ein Beispiel für diese additiven Leistungen ist das Landeserziehungsgeld (Schmid/Blancke 2006). Trotz dieser Möglichkeiten, die durch die Länder teilweise auch umgesetzt werden, stellt Schieren fest, dass den Ländern häufig „das Interesse an einer nennenswerten Rolle in der Sozialpolitik“ fehlt (Schieren 2008: 219). Durch die Föderalismusreform wurde die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern neu geregelt, für den Bereich der Sozialpolitik ist die Herauslösung des Heimrechts aus der öffentlichen Fürsorge von besonderer Bedeutung, da sich dadurch neue Handlungsspielräume für die Länder ergeben (Rothgang/Wessel 2008). Trotz dieser einzelnen Bereiche im Rahmen der Sozialpolitik, in denen die Bundesländer über Zuständigkeiten verfügen, kommen Rothgang/Wessel (2008) abschließend zu dem Ergebnis, dass die Bundesländer nur über einen geringen Spielraum in der Sozialpolitik verfügen.

Der zweite Hauptbestandteil des Politikfeldes ASB ist die Arbeitspolitik. Auch in der Arbeitspolitik einschließlich der Arbeitsmarktpolitik kann eine Konzentration der Aufmerksamkeit auf die Bundesebene festgestellt werden (Schmid/Hedrich 2008). Dennoch dürfen die Aktivitäten der Länder im Bereich der Arbeitsmarktpolitik nicht unterschätzt werden (Schmid/Hedrich 2008). Wie auch bei der Sozialpolitik liegt die Kompetenz für die Arbeitspolitik im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung (Art. 74 I Nr. 12 GG) und wurde vom Bund ausgestaltet. Dem Bund steht im Bereich der Arbeitspolitik mit der Bundesagentur für Arbeit zudem eine eigene Institution für die Arbeitspolitik zur Verfügung. 75% der Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik sind Bundesausgaben, angesichts der Höhe der Summen leisten die Länder allerdings dennoch einen beachtenswerten finanziellen Beitrag (Schmid/Hedrich 2008). Durch die Schaffung des Europäischen Sozialfonds, der den Ländern rechtlich, konzeptionell und finanziell neue Möglichkeiten aufweist, haben die Länder seit Mitte der 80er Jahre größere Handlungsspielräume um eigene Programme zu entwickeln und umzusetzen (Schmid/Hedrich 2008). Bei dieser Betrachtung von Schmid/Hedrich ist allerdings zu beachten, dass ihre Definition von Arbeitspolitik nicht in allen Bereichen mit unserer Einteilung übereinstimmt. In das Politikfeld ASB gehören in unserer Einteilung insbesondere alle sozialpolitisch orientierten Aufgaben der Arbeitspolitik. So gehören bei unserer Einteilung alle Politikbereiche, die sich mit Aus- und Weiterbildung beschäftigen, zum Politikfeld Kultus, Förderung zur Existenzgründung und Landwirtschaft gehört bei uns in das Politikfeld WULF. Anhand der von Schmid/Hedrich durchgeführten Haushaltsanalyse der Bundesländer wird ersichtlich, dass von ursprünglich elf Einzelkategorien (wenn man die Kategorie „Sonstiges“ nicht berücksichtigt) nur zwei Kategorien in unser Politikfeld ASB fallen. Dies sind die Komplementärfinanzierung von Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit und Integrationsmaßnahmen für bestimmte Zielgruppen sowie Beratungsstrukturen. Obwohl diese sozialpolitisch geprägten arbeitspolitischen Maßnahmen in den Ländern einen großen Teil der Ausgaben der Länder ausmachen, kann davon ausgegangen werden, dass ein Gestaltungsspielraum der Länder im Bereich der Arbeitspolitik zwar vorhanden, aber deutlich geringer ist als in der Kultuspolitik.

Tabelle 1 zeigt die durchschnittlichen Salienzen der fünf Politikfelder getrennt nach Bund und Bundesländern.³ Es zeigt sich insbesondere die geringe Bedeutung des Politikfelds ASE für die Bundesländer sowie die Charakterisierung von Recht und WULF als Politikfelder, die sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebenen von Bedeutung sind. Die unterschiedliche Bedeutung der ausgewählten Politikfelder ASB und Kultus für Bund und Länder wird deutlich, wenn man die Salienzen dieser Politikfelder in den Bundes- und Landtagswahlprogrammen vergleicht. Vergleicht man die durchschnittliche Salienz des Politikfelds Kultus in Bund und Ländern, stellt man fest, dass die Landesverbände diesem Politikfeld mit knapp 22% die doppelte Aufmerksamkeit schenken wie die Bundesparteien mit knapp 11%. Beim Politikfeld ASB ist dieser Unterschied erwartungsgemäß nicht so deutlich. Die Bundesparteien verwenden knapp 30% ihres Wahlprogramms auf das Politikfeld ASB, die Landesverbände immerhin 26%.

Tabelle 1: Salienzen der Politikfelder in Prozent⁴

	ASB	ASE	Kultus	Recht	WULF
Bund	30	18	11	14	28
Bundesländer	26	3	22	15	35

Untersucht werden nun die Positionen der Landesverbände⁵ auf den Politikfeldern ASB und Kultus. Kultus ist ureigenste Kompetenz der Länder, es wird daher vermutet, dass die Landesverbände in der Kultuspolitik autonomer sind und eigene Positionen unabhängig von der Bundespartei entwickeln können. Im Politikfeld ASB gibt es zwar kleine Bereiche, die die Länder selbst regeln können, im Großen und Ganzen führen sie aber Gesetze des Bundes aus, sodass hier weniger Unabhängigkeit und deshalb homogenere Positionen erwartet werden.⁶

Abbildung 1 und 2 zeigen die Politikpositionen der Landesverbände von CDU/CSU und SPD in den Politikfeldern ASB und Kultus. Die Beschränkung der Betrachtung auf die Landesverbände der beiden großen Parteien wird deshalb vorgenommen, da nur diese Parteien in allen untersuchten Landtagswahlen in die jeweiligen Landtage eingezogen sind und uns daher nur für diese Parteien eine vollständige Zeitreihe zur Verfügung steht. Die Positionen werden nach Bundeslegislaturperioden getrennt dargestellt, um eventuelle Trends über die Zeit identifizieren zu können. Im Politikfeld ASB

³ Salienz bezeichnet hier den relativen Textanteil eines Politikfelds am gesamten Wahlprogramm einer Partei.

⁴ Für die Salienzberechnung wurden nur die betrachteten Politikfelder berücksichtigt. Insbesondere die Kategorie „Sonstige“ wurde ausgeschlossen. Eine genaue Aufstellung der Salienzen findet sich unter: http://www.mzes.uni-mannheim.de/publications/misc/wp_seher/Salienzen.xls

⁵ Dabei ist zu beachten, dass jeweils nur Politikpositionen für die Landesverbände berechnet wurden, die in den jeweiligen Landtag eingezogen sind. In unserer Betrachtung beschränken wir uns auf die beiden großen Landesverbände CDU/CSU und SPD. Dabei wird die CSU den Landesverbänden der CDU zugewiesen. Wenn im Folgenden von der CDU die Rede ist, beziehen sich die Aussagen daher immer auch auf die CSU.

⁶ Die Vergleichbarkeit der mit Wordfish errechneten Positionen zwischen Politikfeldern ist direkt nicht möglich, da die Positionen für einzelne Politikfelder in verschiedenen Schätzungen gewonnen werden. Wordfish führt automatisch eine z-Transformation der Positionen durch, das bedeutet, dass der Mittelwert der Positionen in einem Politikfeld bei 0 und die Standardabweichung über das gesamte Politikfeld bei 1 liegen.

scheint ein solcher Effekt über die Zeit sowohl bei CDU/CSU als auch bei der SPD zu bestehen. Im Politikfeld Kultus ist ein solcher Effekt nicht zu erkennen. Für beide Politikfelder kann jedoch gesagt werden, dass sich die Positionen der Landesverbände deutlich voneinander unterscheiden, sodass es tatsächlich eine eigene Landespolitik in den deutschen Bundesländern zu geben scheint.

In den Abbildungen 1 und 2 sind zudem die Positionen der jeweiligen Bundespartei abgetragen⁷. Im Politikfeld ASB nimmt die Union auf Bundesebene zunächst noch eine vergleichsweise rechte Position ein, im Laufe der Zeit verschieben die Landesverbände der CDU/CSU ihre Positionen allerdings nach rechts, sodass die Position der Bundespartei in den letzten beiden betrachteten Bundeslegislaturperioden im Zentrum der Positionen der Landesverbände liegt. Auch nimmt die Streuung der Landesverbände der CDU/CSU im Zeitverlauf deutlich ab, wobei bei der Betrachtung der letzten Bundeslegislaturperiode immer berücksichtigt werden muss, dass hier deutlich weniger Datenpunkte vorliegen, da unserer Erhebung Ende 2010 endet, die zu Grunde liegende Bundestagslegislaturperiode aber voraussichtlich erst im Dezember 2012 endet (nächste Bundestagswahl 2013). Bei der SPD scheint es im Lauf der Zeit hingegen eher zu einer stärkeren Streuung der Politikpositionen im Politikfeld ASB gekommen zu sein. Die Position der Bundespartei findet sich allerdings auch bei der SPD, mit Ausnahme der ersten Bundeslegislaturperiode eher im rechten Bereich der Positionen der Landesverbände. Bei der Bundesposition der SPD fällt besonders die starke Bewegung nach rechts zur Bundestagswahl 1998 auf. Diese Bewegung findet sich allerdings auch in den CMP-Daten, dort allerdings auf einer allgemeinen Links-Rechts-Achse (Budge et al. 2001).

Im Politikfeld Kultus ist sowohl bei CDU/CSU als auch bei der SPD kein Trend über die Zeit zu erkennen. Betrachtet man die Positionen der Bundesparteien im Politikfeld Kultus, fällt auf, dass diese, anders als im Politikfeld ASB, über die Zeit sehr starken Schwankungen unterworfen sind. Die Streuung der Positionen bei CDU/CSU war in der ersten Bundeslegislaturperiode noch relativ hoch und hat sich dann auf etwas niedrigerem Niveau eingependelt. Die Streuung der Landesverbände der SPD scheint im Politikfeld Kultus insgesamt etwas stärker auszufallen als bei CDU/CSU. Auch im Politikfeld Kultus ist deutlich erkennbar, dass die Landesverbände eigene Politikpositionen vertreten, die sich mitunter sehr deutlich von den Politikpositionen der jeweiligen Bundespartei unterscheiden. In beiden Politikfeldern kann man erkennen, dass die Landesverbände wie auch die Bundespartei der SPD wie erwartet insgesamt linkere Positionen vertreten, als die Landesverbände und die Bundespartei der Union. Das bedeutet, dass die Positionen der Landesverbände einer bestimmten Partei zwar in einem gewissen Bereich schwanken, aber dennoch durch eine gemeinsame zugrundeliegende Ideologie miteinander verbunden sind.

⁷ Für die CDU/CSU liegt für die erste Bundestagswahl keine Position im Politikbereich Kultus vor, da unserer Kodierung keinen Textabschnitt zu diesem Politikfeld identifizieren konnte.

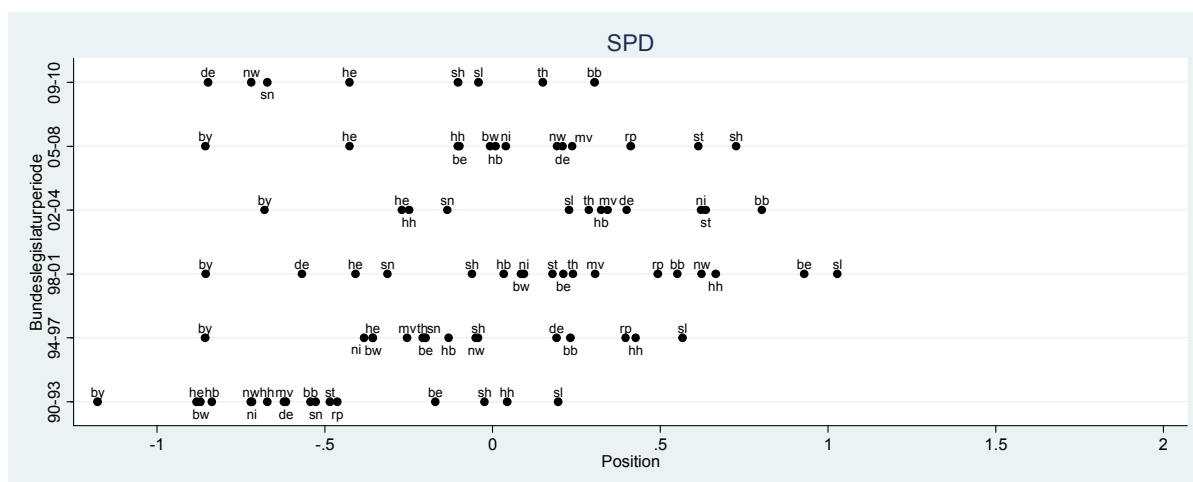


Tabelle 2: Varianzanalyse der Politikpositionen der Landesverbände der CDU und der SPD getrennt nach Politikfeldern

	SS	df	MS	F	Prob>F
CDU ASB					
Zwischen den Perioden	16,78	5	3,36	27,67	0,000
Innerhalb der Perioden	9,58	79	0,12		
Total	26,35	84	0,31		
CDU Kultus					
Zwischen den Perioden	2,44	5	0,49	3,01	0,016
Innerhalb der Perioden	12,13	75	0,16		
Total	14,57	80	0,18		
SPD ASB					
Zwischen den Perioden	26,88	5	5,38	36,89	0,000
Innerhalb der Perioden	11,51	79	0,15		
Total	38,39	84	0,46		
SPD Kultus					
Zwischen den Perioden	6,28	5	1,26	7,05	0,000
Innerhalb der Perioden	13,90	78	0,18		
Total	20,18	83	0,24		

Die Gruppen stellen die sechs Bundeslegislaturperioden im untersuchten Zeitraum dar. Diese sind definiert als der Zeitraum, der mit dem Bundestagswahljahr beginnt und mit dem Jahr vor der nächsten Bundestagswahl endet (beispielsweise 1990 bis 1993 ist die erste Bundeslegislaturperiode).

Tabelle 2 zeigt die Ergebnisse einer Varianzanalyse der Politikpositionen der Landesverbände⁸ von CDU/CSU und SPD, dabei wurde wie auch in den obigen Abbildungen zwischen den Bundeslegislaturperioden unterschieden.⁹ Zunächst ist festzustellen, dass alle Ergebnisse der Varianzanalyse auf dem 0,95-Level signifikant sind. Vergleicht man die Gesamtvarianz der Politikpositionen der Parteien auf den beiden Politikfeldern, stellt man fest, dass die Varianz im Politikfeld ASB bei beiden betrachteten Parteien deutlich höher ausfällt als im Politikfeld Kultus. Dies scheint unserer Annahme, dass die Landesverbände im Politikfeld Kultus aufgrund der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern einen größeren Spielraum in der Positionsgestaltung haben und diesen auch nutzen, zunächst zu widersprechen. Betrachtet man jedoch die Anteile der Varianz, die auf Unterschiede innerhalb der Bundeslegislaturperioden entfallen, erkennt man, dass sich die Landesverbände im Politikfeld Kultus innerhalb der einzelnen Bundeslegislaturperioden wesentlich stärker unterscheiden als im Politikfeld ASB. Folglich wird unserer Hypothese über die größere Heterogenität der Politikpositionen zwischen den Landesverbänden einer Partei im Politikfeld Kultus bestätigt. Ein Großteil der Varianz im Politikfeld ASB entfällt hingegen auf Unterschiede zwischen den Bundeslegislaturperioden. Somit bestätigt die Analyse unserer anhand der Abbildungen 1 und 2 aufgestellte Vermutung, dass es im Politikfeld ASB einen starken Trend über die Zeit gibt.

5 Die Politikdistanzen der Parteien in Koalitionsbildungssituationen

In Ermangelung eines besseren Wortes bezeichnen wir die Verhandlungssituation zwischen den in einem Landtag nach einer Wahl vertretenen Parteien als Koalitionsbildungssituation. In dem von uns hier untersuchten Zeitraum von 1990 bis 2010 besteht unsere Population aus 80 derartigen Situationen. Die Politikdistanzen in diesen Situationen werden paarweise analysiert. Die Zahl der Paare bestimmt sich aus der Zahl der im Landtag vertretenen Parteien, d.h. dem so erfassten Parteiensystem, und der Zahl der Koalitionsbildungssituationen, die empirisch in den 16 Ländern seit 1990 für jedes Parteiensystem vorkamen (siehe Tabelle 3). Das ergibt zusammen 551 Parteidynaden, für die die Politikdistanzen untersucht werden können. Da es in diesem Abschnitt also um die konkrete Situation im Landtag nach einer Landtagswahl geht, werden alle im jeweiligen Landtag vertretenen Parteien in die Analyse einbezogen.

⁸ Im Gegensatz zu den Abbildungen 1 und 2 werden die Politikpositionen der Bundesparteien hier nicht berücksichtigt. Jedoch wird auch diese Analyse auf die beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD begrenzt.

⁹ Ein direkter Vergleich der Varianzen zwischen den Politikfeldern ist aufgrund der von Wordfish durchgeführten Standardisierung nicht möglich. Jedoch verändert die Standardisierung nicht das Verhältnis der Varianz der Positionen einer Partei zur Gesamtvarianz aller Parteien in diesem Politikfeld, sodass sich die Interpretation der Ergebnisse immer darauf beziehen, ob die Varianz innerhalb einer Partei im Verhältnis zur Gesamtvarianz auf einem Politikfeld größer oder kleiner ist.

Tabelle 3: Übersicht über Parteidyaden nach der Größe des Parteiensystems

	Zahl der Landtagsparteien					Summe
	2	3	4	5	6	
Dyaden pro Parteiensystem	1	3	6	10	15	-
Zahl der Koalitionsbildungssituationen	1	20	30	25	4	80
Gesamtzahl der Parteidyaden	1	60	180	250	60	551

Die Politikdistanz wird in der Koalitionstheorie als wichtige Voraussetzung für die Bildung einer Koalition postuliert. Je kleiner die Distanz, desto mehr politische Gemeinsamkeiten haben die beiden Parteien und desto eher sollten sie gemeinsam in einer Regierung vertreten sein können. Derartige Aussagen beziehen sich aber auf die Distanzen in einem mehrdimensionalen Politikraum, der von den Politikbereichen als den einzelnen Dimensionen aufgespannt wird. Wegen der Problematik des Vergleichs der Parteipositionen zwischen den Politikfeldern, auf die der Wordfish-Algorithmus separat angewendet wurde, verzichten wir hier auf eine mehrdimensionale Analyse und vergleichen die beiden Bereiche, die wir bereits im letzten Abschnitt untersucht haben: Arbeit, Soziales und Bau gegenüber Kultus. Abhängige Variable ist also für jede Dyade die politikfeldspezifische Distanz zwischen den Politikpositionen der beteiligten Parteien.

Die Mittelwerte der bereichsspezifischen Distanzen für die jeweiligen Paare geben Aufschluss über ihre Durchschnittsdistanzen in allen Bundesländern im Untersuchungszeitraum von 1990 bis 2010. Über alle Parteienpaare hinweg beträgt die Durchschnittsdistanz im Politikfeld Arbeit und Soziales für die 495 Paare, für die Daten vorliegen, 1,12 und im Politikfeld Kultus für 487 Paare 1,28. Zur Erinnerung: Die Bereichsskalen sind über die ganze Periode standardisiert mit dem Mittelwert 0 und der Varianz 1, wobei die extremen Positionswerte in der Arbeits- und Sozialpolitik -2.12 und 3.20 und im Kultusbereich -1.84 und 2.77 betragen. Die Distanzen der Positionen zwischen den Parteien werden pro Koalitionsbildungssituation berechnet, so dass der resultierende Datensatz eine Mehrebenenstruktur mit den Koalitionsbildungssituationen als der Gruppierungsebene und den einzelnen Paaren als der Individualebene aufweist. Im Vergleich zu den Durchschnittsdistanzen sind die Distanzen zwischen CDU und FDP auf der einen Seite und Grünen und PDS bzw. der Linken auf der anderen Seite besonders klein (siehe Tabelle 4) und zwischen diesen beiden Lagern besonders groß. Diese Aussage gilt für beide Politikbereiche. Die SPD nimmt die Mittelstellung ein, ihre Durchschnittsdistanz zur CDU beträgt in der Arbeits- und Sozialpolitik 0,76 und in der Kultuspolitik 1,12. Auffällig ist ihre relativ große Distanz zu den Grünen, was besonders bei der Arbeits- und Sozialpolitik überrascht, weil ihre Distanz zur FDP dort bedeutend kleiner ausfällt als die Distanz zu den Grünen. Die Vermutung, dass die SPD wenigstens in den Koalitionsbildungssituationen, in denen tatsächlich FDP und Grüne gleichzeitig vertreten sind – das sind etwas mehr als die Hälfte - ihre Distanz zu den Grünen verringert, bestätigt sich nicht. Insgesamt bestätigen die Ergebnisse von Tabelle 4 aber plausible Erwartungen, was einen Rückschluss auf die gültige Messung der Politikpositionen erlaubt.

Tabelle 4: Durchschnittliche Distanzen der Parteidynaden

ASB	Kultus							
	CDU	SPD	FDP	Grüne	CDU	SPD	FDP	Grüne
SPD	0,76	-	-	-	1,12	-	-	-
FDP	0,46	0,51	-	-	0,36	1,01	-	-
Grüne	1,87	1,16	1,53	-	2,25	1,08	2,06	-
Linke	1,96	1,12	1,82	0,52	1,86	0,94	1,62	0,58

Wie im vorherigen Abschnitt überprüfen wir auch hier den Einfluss der Bundes- und Landespolitik, auf die Parteidistanzen. Die Bundespolitik erfassen wir mit dem Dyadenmerkmal, ob die jeweiligen Parteien auf Bundesebene zusammen regieren oder nicht, und die Landespolitik, ob sie auf Landesebene zusammen regieren. Der Zeitpunkt für diese Feststellung ist der jeweilige Wahlzeitpunkt, weil die zu vergleichenden Regierungen bis zu diesem Zeitpunkt ohne absehbare Ablösung im Amt sind und Wahlprogramme unter dem Einfluss der bestehenden Regierungen vor der Wahl geschrieben werden. Wir erwarten, dass sich eine Zusammenarbeit in der Bundesregierung stärker auf die arbeits- und sozialpolitischen Distanzen auswirkt und das gemeinsame Regieren auf Landesebene stärker auf die kultuspolitischen Distanzen.

Von den 551 Paaren in unserem Datensatz müssen zunächst die 46 ostdeutschen Paare der ersten Landtagswahl nach der Wiedervereinigung weggelassen werden, weil es zu dem Zeitpunkt, als die Wahlprogramme 1990 geschrieben wurden, noch keine Landesregierungen gab. Von den restlichen 505 Paaren befinden sich 39 in einer gemeinsamen Landesregierung und 51 in einer gemeinsamen Bundesregierung. Die linearen Regressionen mit diesen beiden unabhängigen Variablen auf die Politikdistanzen werden als Mehrebenenanalyse durchgeführt mit Zufallseffekten für die Koalitionsbildungssituationen.

Tabelle 5: Einfluss gemeinsamer Koalitionen auf Politikdistanzen

	ASB	Kultus
Landesregierung	-0,28**	-0,27**
Bundesregierung	-0,15	-0,28**
Konstante	1,15***	1,34***
σ^2 (Konstante)	0	0,005
σ^2 (Residual)	0,44	0,58
N	464	453

** p < 0,05, *** p < 0,01

Die Regressionskoeffizienten für das gemeinsame Regieren in Bund und Land haben in allen Fällen die erwarteten negativen Vorzeichen, weil sie die Distanzen verkürzen. Die Erwartung, dass sich gemeinsames Regieren im Bund stärker auf die arbeits- und sozialpolitische Distanz auswirkt, bestätigt sich nicht. Im Gegenteil: Der entsprechende Effekt ist nicht einmal signifikant. Im Bereich Kultus sind beide Effekte signifikant auf dem 5%-Niveau und mit Werten von $-0,27$ bzw. $-0,28$ fast gleich groß. Ein Unterschied zwischen den Politikbereichen ist darüber hinaus erwähnenswert. Die Streuung der Zufallseffekte für Arbeits- und Sozialpolitik über die Koalitionsbildungssituationen ist praktisch 0, während diese Streuung für die Kultuspolitik mit einem Wert von 0,14 eindeutig größer ist und damit in etwa doppelt so hoch wie der Standardfehler. Dies kann man als Hinweis auf stärkere bildungspolitische Unterschiede zwischen den Koalitionsbildungssituationen und damit auch zwischen den Ländern interpretieren.

Selbst wenn sich nicht alle plausiblen Erwartungen bezüglich unserer Messung der Politikpositionen der Landtagsparteien und sich daraus ergebenden bereichsspezifischen Politikdistanzen erfüllt haben, kommen wir doch zu dem Schluss, dass diese Daten den intendierten Sachverhalt gültig erfassen. Auf Grund der Methode der Extraktion der Positionsinformationen mit Hilfe einer Hauptkomponentenanalyse ist darüber hinaus eine große Zuverlässigkeit der Messung garantiert.

6 Schluss

Durch die Kombination der manuellen Unterteilung der Wahlprogramme in themenspezifische Textpassagen und dem R-Algorithmus Wordfish, ist es uns gelungen, die Politikpositionen der Landesverbände der deutschen Parteien sowie der Bundesparteien auf vier verschiedenen Politikfeldern zu ermitteln. Diese Positionen sind über die Zeit und zwischen den Landesverbänden sowie zwischen den Landesverbänden und der Bundespartei vergleichbar, einzig die Vergleichbarkeit zwischen den Politikfeldern bereitet aufgrund der separaten Schätzung Probleme. Die Validität der Politikpositionen der Landesverbände lässt sich kaum durch einen Vergleich mit auf andere Art bestimmten Politikpositionen untersuchen, da es unseres Wissens keine vergleichbaren Politikpositionen für die deutschen Landesverbände gibt. Bräuninger/Debus (o. J.) ermitteln mit Hilfe von wordscores Politikpositionen für die Landesverbände auf den Politikfeldern Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie Gesellschaftspolitik. Wenn es gelingt Vergleichbarkeit mit unseren Politikfeldern herzustellen, scheint ein Vergleich unserer Positionen mit den Politikpositionen von Bräuninger/Debus (o. J.) möglich zu sein. Im Rahmen dieses Beitrags belassen wir es bei einer Prüfung der Gültigkeit der Positionen anhand einer Plausibilitätsprüfung. Die grundsätzliche ideologische Anordnung der Landesverbände entspricht der Anordnung der deutschen Parteien, die aus verschiedenen Untersuchungen der Parteien auf Bundesebene bekannt ist. Des Weiteren erkennen wir auch beim Vergleich der Positionen zwischen den Landesverbänden keine unerwarteten Muster, so unterscheiden sich die einzelnen Landesverbände zwar in ihrer Positionierung, jedoch bewegen sich die Landesverbände einer Partei immer innerhalb eines gewissen ideologischen Bereichs, sodass die Landesverbände der CDU insgesamt konservativere Positionen vertreten als die Landesverbände der SPD. Auch die im Beitrag vor-

genommenen Analysen der Politikpositionen von CDU und SPD sprechen, wie im folgenden kurz dargestellt werden soll, für die Gültigkeit unserer Messung.

Zunächst wurden die Politikpositionen der Landesverbände bezüglich ihrer innerparteilichen Hetero- bzw. Homogenität analysiert. Dabei haben wir uns auf die Analyse des Politikfelds Kultus als Kernkompetenz der Länder und das Politikfeld Arbeit und Soziales (ASB) als eher durch den Bund zu gestaltendes Politikfeld beschränkt. Dementsprechend wurde eine größere Autonomie der Landesverbände im Politikfeld Kultus erwartet, die sich in einer größeren Heterogenität der Politikpositionen der Landesverbände einer Partei ausdrücken sollte. Diese Erwartung wird durch die von uns durchgeführte Varianzanalyse bestätigt, wenn man berücksichtigt, dass ein großer Teil der Varianz im Politikfeld ASB auf einen Trend über die Zeit entfällt, wohingegen sich die Landesverbände im Politikfeld Kultus innerhalb der einzelnen Bundeslegislaturperioden in ihrer Positionierung deutlich stärker unterscheiden als im Politikfeld ASB.

In einem zweiten Schritt haben wir die Politikdistanzen von Parteidyaden in Koalitionsbildungssituationen in den Politikfeldern Kultus und ASB betrachtet. Dabei erwarten wir, dass die Politikdistanz zwischen dem linken und rechten Lager besonders groß ist und innerhalb der Lager eher gering ausfällt. Diese Erwartungen werden durch einen Vergleich der durchschnittlichen Distanzen bestätigt; die SPD nimmt hier eine Mittelstellung ein, wobei auffällt, dass die Distanz der SPD zu den Grünen im Mittel deutlich höher ist als ihre Distanz zur FDP. Insgesamt bestätigt der Vergleich der Distanzen aber, dass die Unterschiede zwischen den beiden Lagern mit Grünen und Linken/PDS auf der einen und CDU und FDP auf der anderen Seite groß und innerhalb der Lager eher gering sind. Darüber hinaus haben wir den Einfluss der Bundes- bzw. Landespolitik auf die Politikdistanzen der Parteidyaden untersucht. Dabei sind wir davon ausgegangen, dass eine gemeinsame Koalition der Dyadenparteien sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene die Distanz zwischen den Parteien verkleinern sollte. Aufgrund der unterschiedlichen Kompetenzen der Landes- und Bundesebene in den Politikfeldern Arbeit und Soziales sowie Kultus erwarten wir auch hier einen größeren Einfluss der Zusammensetzung der Bundesregierung im Politikfeld ASB und umgekehrt einen größeren Einfluss der Zusammensetzung der Landesregierung im Politikfeld Kultus. Die Erwartungen bezüglich der unterschiedlichen Einflussstärke der Bundes- bzw. Landesebene auf die verschiedenen Politikfelder konnte unsere Analyse nicht bestätigen, jedoch ist eindeutig erkennbar, dass eine gemeinsame Regierung der Dyadenparteien sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene zu einer Verringerung der Politikdistanz der Parteien führt.

Insgesamt kommen wir somit zum dem Ergebnis, dass es uns gelungen ist valide sowie über Zeit und zwischen den Ländern vergleichbare Politikpositionen für die deutschen Landesverbände und die Bundesparteien auf den vier Politikfeldern Wirtschaft/Verkehr/Umwelt, Inneres/Recht, Arbeit/Soziales und Kultus zu bestimmen.

7 Literaturverzeichnis

- Budge, Ian, Hans-Dieter Klingemann, Andrea Volkens, Judith Bara und Eric Tanenbaum 2001: Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945-1998. Oxford: Oxford University Press.
- Bräuninger, Thomas und Marc Debus o. J.: Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern.
- Debus, Marc. 2007. Die programmatische Entwicklung der deutschen Parteien auf Bundes- und Landesebene zwischen den Bundestagswahlen 1998 und 2005. In: Frank Brettschneider, Oskar Niedermayer und Bernhard Weißels (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2007: Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften:
- . 2008. Parteienwettbewerb und Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern. In: Uwe Jun, Melanie Haas und Oskar Niedermayer (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften:
- Decker, Frank und Julia von Blumenthal. 2002. Die bundespolitische Durchdringung von Landtagswahlen. Zeitschrift für Parlamentsfragen 33: 144-165.
- Detterbeck, Klaus und Wolfgang Renzsch. 2008. Symmetrien und Asymmetrien im bundesstaatlichen Parteienwettbewerb. In: Uwe Jun, Melanie Haas und Oskar Niedermayer (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften:
- Dinkel, Rainer. 1977. Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen. Politische Vierteljahresschrift 18: 348-360.
- Freitag, Markus und Adrian Vatter (Hrsg.). 2010. Vergleichende subnationale Analysen für Deutschland. Institutionen, Staatstätigkeiten und politische Kulturen. Berlin: LIT.
- Gerlinger, Thomas. 2008. Wettbewerbsinduzierte Unitarisierung - Der Wandel der Bund-Länder-Beziehungen in der Gesundheitspolitik. In: Henrik Scheller und Josef Schmid (Hrsg.), Föderale Politikgestaltung im deutschen Bundesstaat: Variable Verflechtungsmuster in Politikfeldern. Baden-Baden: Nomos: 242-263.
- Große Hüttmann, Martin und Julia Siegl. 2008. Politikverflechtung und Europäisierung im deutschen Sicherheitsföderalismus. In: Henrik Scheller und Josef Schmid (Hrsg.), Föderale Politikgestaltung im deutschen Bundesstaat: Variable Verflechtungsmuster in Politikfeldern. Baden-Baden: Nomos: 162-185.
- Haas, Melanie, Uwe Jun und Oskar Niedermayer. 2008. Die Parteien und Parteiensysteme der Bundesländer - Eine Einführung. In: Uwe Jun, Melanie Haas und Oskar Niedermayer (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften:
- Hennis, Wilhelm. 1956. Parlamentarische Opposition und Industriegesellschaft. Gesellschaft - Staat - Erziehung.
- Hepp, Gerd F. 2006. Bildungspolitik als Länderpolitik. In: Herbert Schneider und Hans-Georg Wehling (Hrsg.), Landespolitik in Deutschland: Grundlagen - Strukturen - Arbeitsfelder. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 240-269.
- Hesse, Konrad. 1962. Der unitarische Bundesstaat. Karlsruhe: C.F. Müller.
- Hildebrandt, Achim und Frieder Wolf (Hrsg.). 2008a. Die Politik der Bundesländer: Staatstätigkeit im Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- . 2008b. Die Potenziale des Bundesländervergleichs. In: Achim Hildebrandt und Frieder Wolf (Hrsg.), Die Politik der Bundesländer: Staatstätigkeit im Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 11-20.
- Jeffery, Charlie und Daniel Hough. 2001. The electoral cycle and multi-level voting in Germany. *German Politics* 10: 73-98.
- Jun, Uwe, Melanie Haas und Oskar Niedermayer (Hrsg.). 2008. Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Michels, Robert. 1911. Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Leipzig: Klinkhardt.
- Niedermayer, Oskar und Richard Stöss (Hrsg.). 1993. Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Pappi, Franz Urban, Axel Becker und Alexander Herzog. 2005. Regierungsbildung in Mehrebenensystemen: Zur Erklärung der Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern. *Politische Vierteljahresschrift* 46: 432-458.
- Poguntke, Thomas. 2001. Parteiorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland: Einheit in der Vielfalt? In: Oscar W. Gabriel, Oskar Niedermayer und Richard Stöss (Hrsg.), Parteiendemokratie in Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.: 253-273.
- Prätorius, Rainer. 2006. Sicherheitspolitik der Länder. In: Herbert Schneider und Hans-Georg Wehling (Hrsg.), Landespolitik in Deutschland: Grundlagen - Strukturen - Arbeitsfelder. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 316-334.
- Rothgang, Heinz und Anna Caroline Wessel. 2008. Sozialpolitik in den Bundesländern. In: Achim Hildebrandt und Frieder Wolf (Hrsg.), Die Politik der Bundesländer: Staatstätigkeit im Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 137-172.
- Schieren, Stefan. 2008. Sozialpolitische Aufgabenerfüllung als Merkmal und Triebfaktor des unitarisierten Bundesstaats. In: Henrik Scheller und Josef Schmid (Hrsg.), Föderale Politikgestaltung im deutschen Bundesstaat: Variable Verflechtungsmuster in Politikfeldern. Baden-Baden: Nomos: 216-241.
- Schmid, Josef. 1989. Parteien im Föderalismus. Organisationsstrukturen, Funktionsweisen und Politiken am Beispiel der CDU. *Der Bürger im Staat* 39 (4): 259-263.
- . 1990. Die CDU. Organisationsstrukturen, Politiken und Funktionsweisen einer Partei im Föderalismus. Opladen: Leske + Budrich.
- Schmid, Josef und Susanne Blancke. 2006. Arbeitsmarkt und Sozialpolitik in den Bundesländern: Randerscheinung oder Laboratorium? In: Herbert Schneider und Hans-Georg Wehling (Hrsg.), Landespolitik in Deutschland: Grundlagen - Strukturen - Arbeitsfelder. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 295-315.
- Schmid, Josef und Horst Hedrich. 2008. Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik in den Bundesländern: Differenzierungen und Differenzen. In: Achim Hildebrandt und Frieder Wolf (Hrsg.), Die Politik der Bundesländer: Staatstätigkeit im Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 193-214.
- Schmitt, Ralf. 2008. Die politikfeldspezifische Auswertung von Wahlprogrammen am Beispiel der deutschen Bundesländer. *Arbeitspapiere - Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung* 114.
- Schneider, Herbert. 1997. Parteien in der Landespolitik. In: Oscar W. Gabriel, Oskar Niedermayer und Richard Stöss (Hrsg.), Parteiendemokratie in Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung: 407-426.

- Schneider, Herbert und Hans-Georg Wehling (Hrsg.). 2006. Landespolitik in Deutschland: Grundlagen - Strukturen - Arbeitsfelder. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schwarz, Hans-Peter. 1981. Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Slapin, Jonathan B. und Sven-Oliver Proksch. 2008. A Scaling Model for Estimating Time-Series Party Positions from Texts. *American Journal of Political Science* 52 (3): 705-722.
- Sturm, Roland. 1999. Party competition and the federal system: The Lehmbruch hypothesis revisited. In: Charlie Jeffery *Recasting German federalism: The legacies of unification*. London: Pinter: 197-216.
- Wolf, Frieder. 2006. Die Bildungsausgaben der Bundesländer im Vergleich. Berlin: LIT.

8 Anhang

Anhang 1: Kodierschema

Themen	Politikfeld	Themen	Politikfeld
Ausländerintegration; Behinderte; Drogen; Ehrenamt; Familie; Frauen; Freiwilliges Soziales Jahr; Generationen; Gesundheit; Gleichstellung; Integration; Jugend; KI-TA/Kindergarten (Betreuung/„Verwahranstalt“); Vereinbarkeit Familie/Beruf; Mindestlohn; Qualifikation; Pflegeberuf Ausbildung; Prostitution; Senioren; Wohlfahrt	Arbeit und Soziales 1	Aufbau; Umsiedelung; Wiederaufbau	Aufbau, Wiederaufbau 2
Bau; Baurecht; öff. Arbeiten; Wohnungswesen	Bau 3	Bafög / Studiengebühren etc.; Berufliche Bildung; Bildung; Denkmalschutz; Doping; Ethik in Forschung; Forschung; Frühkindliche Bildung; <i>Gentechnik (siehe Sonderregel)</i> ; Juristenausbildung; Kirche; Kultur; Kunst; Medienpolitik allg.; Schule; Sport; Vorschuljahr; Weiterbildung; Wissenschaft	Kultus 4
Aufbau Ost; Bundesan- gelegenheiten; Europaan- gelegenheiten; Föderalis- mus; Länderfinanzausgleich; Postwesen	Bund und Europa 5	Entnazifizierung; Flüchtlinge; Heimatvertriebene; Kriegsgeschädigte; Politische Befreiung; Wiedergutmachung	Kriegsfolgen (bezüglich 2. WK, sonst Arbeit & Sozia- les) 6

Themen	Politikfeld	Themen	Politikfeld
Ernährung; Fischerei; Forsten; <i>Gentechnik (siehe Sonderregel)</i> ; Jagd; Kleingärten; ländliche Räume; Tourismus; Verbraucherschutz; Weinbau	Landwirtschaft 7	Finanzen; Steuern	Finanzen 8
§ 218 / Abtreibung; Asyl; Bankgeheimnis; Bürgerrechte; Datenschutz; Frauenhaus; Frauen-/Menschenhandel; Gefängnis/Strafvollzug; Gewalt gegen Frauen/Kinder; Kriminalität; Korruption; Opferschutz; Patientenverfügung; Pressefreiheit; Rechtsstaat; Schwarzarbeit; Verfassung	Justiz 9	Auswanderungswesen; (Bezirks)verwaltung; Bürgerbegehren; Bürokratieabbau; Demokratie; Einwanderung; Katastrophenschutz; Kommunen (auch Haushalt); Kommunaler Finanzausgleich; Öffentlich-rechtliche Medien; Ordnung; Organisation; Planung; Polizei; Rechtsextremismus; Sicherheit; Verfassungsschutz	Inneres 10
Abfallwirtschaft; Atommüll / Endlagerung; Dörfer / Dorfentwicklung; Elektromog; Freiwilliges ökologisches Jahr; Hochwasser-/Lärmschutz; <i>Konversion/Rückbau Militärgelände (Beachte Sonderregel!)</i> ; Natur; Reaktorsicherheit; regionale Beziehungen; Regionalpolitik; Stadtentwicklung; Stadtplanung; Tierschutz; Umweltbildung	Umwelt und Landesplanung 11	Atomausstieg; Außenhandel; Bahn; Energie; Existenzgründung; Hafen; Infrastruktur; Innovation; Kreditwesen, Banken; Medienstandort (Infrastruktur); Mittelstand; Neue Energien; öffentliche Unternehmen; Privatisierung; Public Private Partnership; Schifffahrt; Technik; überregionaler Verkehr; Verkehrstote; Vermögen; Wettbewerb; Wirtschaftsforschung	Wirtschaft und Verkehr 12

Themen	Politikfeld	Themen	Politikfeld
	ohne Geschäfts- bereich/ Sonder- aufgaben 13	Staatskanzlei; Ministerpräsi- dent	Staatskanzlei 14
Entwicklungshilfe; Militär; Verteidigung; Wehrdienst, Wehrpflicht; Zivildienst	Außen- und Sicherheits- politik 15		Sonstiges (Einleitung, Präambel) 16

Sonderregel Gentechnik

Sofern Agrogentechnik, grüne Gentechnik, Landwirtschaft, Landbau / Lebensmittel im Zusammenhang mit Gentechnik in der Überschrift, immer zu 7 (im Allgemeinen ist dies auch bei dem Wort „gentechnikfrei“ der Fall; dieses wird oft von den Grünen verwendet)

Ansonsten Entscheidung ausschließlich zwischen 4 und 7 (nur wenn Inhalt überwiegend über Landwirtschaft) auf Grundlage des Textes

Sonderregel Konversion

Wenn es um den konkreten Rückbau / die Umwandlung von Militär- in Zivilgelände geht zu 11

Wenn es sich ausschließlich um einen „Anti-Militär“ Text handelt („wir müssen Militär abschaffen“), diesen zu 15 kodieren